

# Antrag

**Initiator\*innen:** Geschäftsführender Ausschuss (dort beschlossen am: 17.03.2026)

**Titel:** Kapitel 4: Gemeinschaft gestalten – Wie wir füreinander sorgen und leben

## Antragstext

680 (Soziales, Teilhabe, Gesundheit, Gleichstellung, Inklusion, offene Gesellschaft,  
681 Kultur, Sport)

### 682 **1. Warum dieses Thema für unseren Bezirk zentral ist**

683 Friedrichshain-Kreuzberg ist bunt und weltoffen, manchmal laut und immer  
684 solidarisch. Unser Bezirk lebt von seiner Vielfalt – von Menschen mit  
685 unterschiedlichsten Biografien, Identitäten und Lebensentwürfen. Queeres Leben  
686 ist sichtbar, migrantische Communities prägen das Straßenbild, Kultur entsteht  
687 in Clubs, Ateliers, Theatern und auf der Straße. Friedrichshain-Kreuzberg war  
688 schon immer ein Ort, an dem Freiräume verteidigt und neue Formen des  
689 Zusammenlebens ausprobiert wurden. Engagement, Selbstorganisation und  
690 Nachbarschaft prägen unseren Alltag. Viele bundespolitische Debatten werden hier  
691 früher und intensiver geführt – und vieles, was anderswo abstrakt bleibt, ist  
692 hier konkrete Realität.

693 Doch Zusammenhalt ist kein Selbstläufer. Steigende Lebenshaltungskosten,  
694 Wohnungs- und Obdachlosigkeit, Suchterkrankungen, psychische Belastungen,  
695 Einsamkeit und die Folgen der Klimakrise treffen viele Menschen unmittelbar.  
696 Gleichzeitig erleben wir einen gesellschaftlichen Rechtsruck, einen Kulturkampf  
697 gegen Vielfalt und die offene Gesellschaft. Statt soziale Strukturen konsequent  
698 zu stärken, setzt der schwarz-rote Senat zunehmend auf Symbolpolitik: Der Zaun  
699 um den Görlitzer Park steht exemplarisch für eine Politik der Verdrängung statt

700 nachhaltiger Lösungen. Während Millionen in politische Machtdemonstrationen  
701 gegenüber dem Bezirk fließen, kämpfen Trägerorganisationen von Prävention,  
702 sozialer Arbeit, Kultur und Gesundheitsangeboten um ihr Fortbestehen.

703 Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Gradmesser gesellschaftlicher Entwicklungen –  
704 und zugleich ein Bezirk mit starkem demokratischem Selbstbewusstsein. Für uns  
705 ist klar: Soziale Probleme brauchen soziale Antworten. Hilfe wirkt nachhaltiger  
706 als Druck von oben. Unsere kommunale Infrastruktur – von Sportstätten über  
707 Bibliotheken bis hin zu Clubs und Nachbarschaftseinrichtungen – ist kein Luxus.  
708 Sie bildet die Grundlage für Zusammenhalt, Lebensqualität und demokratische  
709 Stabilität.

## 710 **2. Unsere Haltung: Solidarität organisieren, Vielfalt** 711 **schützen**

712 Wir stehen für ein Friedrichshain-Kreuzberg, das Solidarität organisiert und  
713 Vielfalt schützt. Soziale Sicherheit, kulturelle Freiräume und demokratische  
714 Teilhabe gehören für uns untrennbar zusammen.

715 Wir setzen auf Prävention, aufsuchende Sozialarbeit, Gesundheitsangebote und  
716 Schutzräume. Der Rechtsstaat gilt überall und für alle. Er schützt die Würde  
717 jedes Menschen und setzt klare Grenzen gegenüber Gewalt, Ausbeutung und  
718 organisierter Kriminalität.

719 Klima- und Sozialpolitik sind zwei Seiten derselben Medaille. Stadtgrün und  
720 Hitzeschutz, wohnortnahe soziale und kulturelle Angebote, zugängliche  
721 öffentliche Räume, barrierefreie Infrastruktur sind Teil einer ökologisch wie  
722 sozial gerechten Stadt.

723 Wir verteidigen unsere offene Gesellschaft. Rechtsextremismus und -populismus  
724 sind die größten Bedrohungen für unsere Demokratie. Gegen Rassismus,  
725 Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung beziehen  
726 wir klar Stellung. Die AfD steht für völkisches Denken, eine rassistische  
727 Ideologie und die systematische Ausgrenzung von Menschen. Sie ist eine konkrete  
728 Bedrohung für die Menschen in unserem Bezirk. Daher fordern wir ein  
729 Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gewissenhaft vorzubereiten und  
730 auch tatsächlich einzuleiten.

731 Kultur, Sport und soziale Infrastruktur sind notwendige Grundversorgung. Wir  
732 stärken Zivilgesellschaft und öffentliche Einrichtungen gleichermaßen. Politik  
733 muss ermöglichen, absichern und Ressourcen bereitstellen – und darf nicht  
734 spalten oder verdrängen.

### 735 **3. Zentrale Herausforderungen im Bezirk**

736 Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Bezirk mit großer sozialer Dynamik – und mit  
737 spürbaren Spannungen. Unterschiedlichste Lebensentwürfe, Einkommenslagen und  
738 Bedürfnisse treffen hier auf engem Raum aufeinander. Urbanes Leben bedeutet  
739 Abwechslung, aber auch Zielkonflikte: zwischen Nachtruhe und Clubkultur,  
740 zwischen Aufenthaltsqualität und Aufwertung, zwischen sozialer Unterstützung und  
741 ordnungspolitischen Maßnahmen, zwischen Nutzung und Schutz von Parks und  
742 Grünflächen.

743 Viele Herausforderungen lassen sich nur langfristig und nur gemeinsam lösen.  
744 Armut, steigende Lebenshaltungskosten, Wohnungsmangel, Verdrängung von Kultur  
745 und Kleingewerbe, Suchterkrankungen oder psychische Belastungen sind  
746 strukturelle Fragen, die stark von Entscheidungen auf Landes-, Bundes- und  
747 europäischer Ebene abhängen. Der Bezirk ist nicht alleiniger Akteur – aber er  
748 trägt Verantwortung für konkrete Verbesserungen vor Ort.

749 Gleichzeitig stehen ganz konkrete soziale Einrichtungen, Kulturorte,  
750 Beratungsstellen, Sportangebote und Gesundheitsstrukturen unter erheblichem  
751 finanziellen Druck. Prävention, Gewaltschutz, Integration, Pflege und  
752 psychosoziale Versorgung brauchen aber langfristige Planungssicherheit, eine  
753 verlässliche Finanzierung und klare Prioritätensetzung.

754 Hinzu kommt: Die Erwartungen an den Bezirk sind hoch, während die Ressourcen  
755 begrenzt sind. Unterschiedliche Interessen müssen daher ausgeglichen werden,  
756 ohne den politischen Kompass zu verlieren.

### 757 **4. Was wir konkret verändern wollen**

#### 758 **Offene Gesellschaft schützen und Demokratie stärken**

759 **Demokratie verteidigen:** Demokratie braucht verlässliche Strukturen im Bezirk.  
760 Wir wollen die bestehende Partnerschaft für Demokratie in Friedrichshain-  
761 Kreuzberg dauerhaft absichern und ihre Fördermöglichkeiten ausweiten.  
762 Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus,  
763 Queerfeindlichkeit, Ableismus und andere Formen gruppenbezogener  
764 Menschenfeindlichkeit brauchen Planungssicherheit statt kurzfristiger  
765 Projektlogik.

766 Demokratische Beteiligung stärken wir konkret. Die bezirklichen Beiräte und  
767 Gremien – vom Beirat für Partizipation und Integration bis zum neu geschaffenen

768 Jugend und Kindergremium – müssen aktiv und frühzeitig in Entscheidungsprozesse  
769 einbezogen werden. Wir setzen uns für niedrigschwellige, mehrsprachige  
770 Beteiligungsangebote ein und unterstützen Initiativen, Vereine und Projekte mit  
771 einer gut ausgestatteten Freiwilligenagentur.

772 Religionsfreiheit und weltanschauliche Vielfalt sind für uns selbstverständlich.  
773 Wir unterstützen die verschiedenen religiösen Gemeinschaften im Bezirk in ihrer  
774 sozialen und kulturellen Arbeit und ermutigen zu demokratischer Teilhabe.

775 Antidiskriminierungsarbeit strukturell stärken: Wir setzen uns für den Ausbau  
776 unabhängiger Beschwerdemöglichkeiten bei Rassismus und Diskriminierung ein, für  
777 verpflichtende Diversity- und Antidiskriminierungsschulungen für Mitarbeitende  
778 sowie für verbindliche Standards zu Mehrsprachigkeit, Leichter Sprache,  
779 barrierefreier Kommunikation und Gebärdensprachdolmetschen in allen relevanten  
780 Bereichen.

781 Das Register Friedrichshain-Kreuzberg leistet unverzichtbare Arbeit bei der  
782 Dokumentation diskriminierender und rechter Vorfälle, die wir weiter personell  
783 und finanziell stärken wollen. Ein jährlicher bezirklicher  
784 Antidiskriminierungsbericht soll Entwicklungen sichtbar machen und politische  
785 Konsequenzen ermöglichen.

786 Rechtsextreme Akteur\*innen dürfen im Bezirk nicht normalisiert werden. Wir  
787 werden unsere rechtlichen Möglichkeiten konsequent nutzen, um menschenfeindliche  
788 Aktivitäten im öffentlichen Raum zu begrenzen und antifaschistische sowie  
789 antirassistische Proteste unterstützen, ohne Einschüchterung zu dulden.

790 **Perspektiven und Realitäten anerkennen:** Postmigrantische und postkoloniale  
791 Perspektiven gehören zur Realität unseres Bezirks. Wir unterstützen Initiativen  
792 zur Aufarbeitung kolonialer Geschichte, fördern migrantische  
793 Selbstorganisationen und schaffen Räume und Ressourcen für kulturelle und  
794 soziale Projekte von Communities of Color. Den Silvio-Meier-Preis wollen wir als  
795 deutliches Zeichen gegen rechte Gewalt weiter stärken und noch bekannter machen.

796 Wir stellen uns klar gegen Racial Profiling und die Kriminalisierung von  
797 Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus. Menschenwürde und rechtsstaatliche  
798 Verfahren gelten für alle. Gleichzeitig widersprechen wir entmenschlicher  
799 Sprache gegenüber marginalisierten Gruppen und treten rechter „Stadtbild“-  
800 Rhetorik entschieden entgegen. Hier ist kein Platz für Kulturkampf gegen queere  
801 Lebensweisen und migrantische Communities!

802 **Solidarität endet nicht an Staatsgrenzen:** Wir stehen an der Seite der Menschen

803 in der Ukraine und unterstützen ukrainische Geflüchtete im Bezirk durch konkrete  
804 Integrations- und Beratungsangebote. Wir schätzen ihre Erfahrungen und  
805 Fähigkeiten und schaffen Räume zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch und Lernen.

806 Neben den Menschen in der Ukraine sind auch in vielen anderen Regionen der Welt  
807 Zivilistinnen von Gewalt bedroht. Sei es durch staatliche oder nicht staatliche  
808 Akteure. Auch ihnen gilt unsere Solidarität, denn kein politisches Ziel  
809 rechtfertigt Gewalt gegen Zivilistinnen. Wir verurteilen jede Form von  
810 Terrorismus und Einschüchterung gegenüber Zivilist\*innen und stellen uns  
811 unmissverständlich gegen die Verbreitung von Hass und Versuche der  
812 Entmenschlichung ganzer Bevölkerungsgruppen. Wir stellen uns entschieden gegen  
813 jede Form von Antisemitismus ebenso wie gegen anti-muslimischen oder anti-  
814 arabischen Rassismus in unserem Bezirk.

#### 815 **Feministische Politik konkret umsetzen**

816 **Gleichstellung durchsetzen:** Geschlechtergerechtigkeit entscheidet über  
817 Einkommen, Gesundheit, Sicherheit und politische Teilhabe – auch hier im Bezirk.  
818 Feministische Politik heißt für uns, strukturelle Benachteiligungen sichtbar zu  
819 machen und praktisch zu bekämpfen.

820 Frauenarmut ist auch in Friedrichshain-Kreuzberg Realität – besonders für  
821 Alleinerziehende, ältere Frauen und Frauen mit Migrationsgeschichte. Wir wollen  
822 gezielte Renten-, Trennungs- und Sozialberatung stärken und niedrigschwellige  
823 Lotsenangebote bei Anträgen ausbauen. In Kooperation mit Jobcenter und freien  
824 Trägern sollen Wiedereinstiegs- und Qualifizierungsangebote insbesondere für  
825 Alleinerziehende gezielt gefördert werden. Care-Arbeit muss sichtbar gemacht und  
826 gesellschaftlich aufgewertet werden; pflegende Angehörige brauchen bessere  
827 Beratung und Unterstützung.

828 Gleichberechtigung braucht auch strukturelle Veränderungen in Politik und  
829 Verwaltung. Mentoringprogramme wie eine „Mitlaufwoche 2.0“ für junge FLINTA\*-  
830 Personen wollen wir weiterentwickeln. Kinderbetreuung, hybride Formate und  
831 flexible Sitzungszeiten in der Bezirksverordnetenversammlung sollen politische  
832 Teilhabe von Menschen mit Care-Verantwortung erleichtern. Verwaltung und  
833 öffentliche Einrichtungen müssen geschlechtergerecht und  
834 diskriminierungssensibel arbeiten.

835 **Gewalt konsequent entgegenwirken:** Gewalt gegen Frauen, Mädchen und FLINTA\*-  
836 Personen hat bei uns keinen Platz. Wir setzen uns für die vollständige Umsetzung  
837 der Konvention ein, welche deren Verhütung und Bekämpfung fordert und solche  
838 Gewalt als Menschenrechtsverletzung anerkennt (Istanbul-Konvention). Wir kämpfen

839 für die verlässliche Finanzierung von Schutz-, Beratungs- und  
840 Unterstützungsangeboten. Hinweise auf Hilfsangebote müssen in Rathäusern,  
841 Schulen, Jugend- und Gesundheitseinrichtungen selbstverständlich sichtbar sein.  
842 Ein schneller Zugang zu Hilfe – etwa über QR-Codes zu Chat- oder  
843 Beratungsangeboten – kann insbesondere jungen Betroffenen niedrigschwellige  
844 Unterstützung ermöglichen. Schutzräume wie Frauenhäuser und Zufluchtwohnungen  
845 müssen erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut werden, ebenso spezialisierte  
846 Angebote für geflüchtete Frauen und queere Geflüchtete. Auch digitale Gewalt,  
847 Hate Speech und Cyberstalking nehmen wir ernst und stärken entsprechende  
848 Präventions- und Beratungsangebote.

849 Prävention beginnt früh. Empowerment-Formate für Mädchen und FLINTA\* sowie  
850 Angebote zur Gewaltprävention für Jungen und Männer gehören für uns zusammen.

851 **Angebote und Sichtbarkeit stärken:** Gesundheitsangebote müssen  
852 geschlechtersensibel weiterentwickelt werden. Menstruationsartikel sollen in  
853 Schulen, Jugendclubs, Sportvereinen und öffentlichen Gebäuden kostenfrei  
854 bereitgestellt werden. Öffentliche Toiletten wollen wir inklusiver gestalten und  
855 die kostenfreie Nutzung als Modell prüfen.

856 Sichtbarkeit im öffentlichen Raum ist ebenfalls Teil feministischer Politik.  
857 Straßen und Plätze sollen weiterhin vorrangig nach Frauen, Women of Colour,  
858 queeren Persönlichkeiten und Widerstandskämpferinnen benannt werden. Bereits  
859 beschlossene Umbenennungen müssen zügig umgesetzt werden. Das  
860 Partizipationsverfahren „Straßennamen für die Vielfalt“ wollen wir transparenter  
861 gestalten und in Kooperation mit dem FHXB-Museum eine digitale  
862 Erinnerungsplattform zur feministischen, queeren und migrantischen Geschichte  
863 des Bezirks entwickeln.

#### 864 **Queeres Leben schützen und strukturell absichern**

865 **Queers unterstützen:** Xhain ist für viele junge queere Menschen aus der gesamten  
866 Welt ein Sehnsuchtsort, in dem sie endlich frei leben können. Das werden wir  
867 verteidigen. Wir setzen uns aktiv für den Schutz queerer Einrichtungen vor  
868 Verdrängung ein. Queere Clubs, Bars, Beratungsstellen, Projekträume und  
869 selbstorganisierte Treffpunkte sind Teil der sozialen und kulturellen  
870 Infrastruktur des Bezirks. Bei Nutzungskonflikten und Standortfragen werden wir  
871 politisch unterstützen und Räume sichern. Die finanzielle Grundförderung queerer  
872 und feministischer Initiativen muss auf Landesebene dauerhaft abgesichert  
873 werden.

874 Die Stelle der\*des Queerbeauftragte im Bezirk muss strukturell abgesichert und

875 ausreichend ausgestattet werden. Auch queere Perspektiven gehören verbindlich in  
876 Beteiligungsprozesse, Stadtplanung und Verwaltungshandeln.

877 Insbesondere ältere queere Menschen und queere Geflüchtete brauchen spezifische  
878 Unterstützungsangebote. Wohnprojekte für ältere lesbische Frauen und andere  
879 selbstbestimmte Wohnformen wollen wir fördern und im Rahmen bezirklicher  
880 Möglichkeiten unterstützen.

881 **Gewalt konsequent entgegenwirken:** Gewalt gegen LSBTIQ\*-Personen darf nicht  
882 relativiert werden. Wir unterstützen die Weiterentwicklung der Initiative  
883 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt (IGSV) und eine systematische  
884 Datenerhebung zu queerfeindlichen Übergriffen. Die enge Zusammenarbeit mit  
885 Beratungsstellen und zivilgesellschaftlichen Initiativen ist dabei zentral.  
886 Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit in Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen  
887 und Verwaltung wollen wir stärken.

#### 888 **Kultur als Grundversorgung sichern**

889 **Kulturorte sichern:** Kultur ist kein Luxus, sondern Grundversorgung. Clubs,  
890 Ateliers, Theater, Projekträume, Museen und selbstorganisierte Orte prägen den  
891 Bezirk und sind Räume demokratischer Begegnung. Diese Infrastruktur wollen wir  
892 sichern und weiterentwickeln.

893 Arbeits- und Proberäume sind existenziell. Die Kürzungen des  
894 Arbeitsraumprogramms wollen wir zusammen mit der Landesebene zurücknehmen und  
895 wie ursprünglich geplant ausweiten. Der Verdrängung von Kulturorten – ob  
896 Projektraum, Atelierhaus oder Club – treten wir aktiv entgegen. Zur Abfederung  
897 der massiven Erhöhung der Grundsteuer müssen Sonderregelungen für  
898 Kunstschaffende gefunden werden.

899 Das RAW-Gelände ist ein zentraler Kulturstandort mit überbezirklicher Bedeutung.  
900 Wir setzen uns weiter dafür ein, die kulturelle Nutzung dauerhaft zu sichern und  
901 weitere Kommerzialisierung zu begrenzen. Auch kleinere, selbstverwaltete Orte  
902 müssen geschützt und bei Konflikten mit Investoren oder Nutzungskonflikten  
903 politisch unterstützt werden.

904 **Kulturschaffende unterstützen:** Wir setzen uns für eine verlässliche Finanzierung  
905 der freien Szene ein und unterstützen die Wiedereinführung von  
906 Ausstellungshonoraren für unsere kommunalen Galerien. Künstlerische Arbeit darf  
907 nicht von Selbstausbeutung abhängen. Förderverfahren müssen transparent,  
908 niedrighschwellig und planbar sein.

909 Clubkultur ist Teil der Identität Friedrichshain-Kreuzbergs. Wir wollen sie vor  
910 Verdrängung schützen, Neugründungen unterstützen und im Dialog mit  
911 Anwohner\*innen tragfähige Lösungen bei Nutzungskonflikten entwickeln, statt  
912 einseitig Einschränkungen durchzusetzen.

913 Kulturpolitik muss divers, inklusiv und diskriminierungssensibel sein. Projekte  
914 migrantischer, queerer und postkolonialer Perspektiven wollen wir gezielt  
915 fördern. Kunst im öffentlichen Raum, insbesondere mit feministischer oder  
916 erinnerungspolitischer Perspektive, soll stärker unterstützt werden.

917 **Gemeinschaft stärken:** Das FHXB-Museum ist ein wichtiger Ort für die Aufarbeitung  
918 und Vermittlung der Bezirksgeschichte. Wir wollen seine Arbeit stärken und  
919 insbesondere Projekte zur queeren, migrantischen und feministischen Geschichte  
920 weiter ausbauen. Auch queere Kulturorte sind feste Bestandteile der kulturellen  
921 Infrastruktur unseres Bezirks. Daher unterstützen wir den gemeinsamen Neubau des  
922 Schwulen Museums mit dem FHXB-Museum in der Friedrichstraße

923 Bibliotheken sind Orte der Bildung, Begegnung und sozialen Infrastruktur. Wir  
924 setzen uns für ihre Stärkung, moderne, digitale Ausstattung und barrierefreie  
925 Zugänge ein. Die Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) verstehen wir als Haus der Ideen  
926 und als offenen Kultur- und Begegnungsort für den Bezirk. Ihre Weiterentwicklung  
927 muss transparent und gemeinwohlorientiert erfolgen.

## 928 **Soziale Stabilität stärken – Hilfe statt Verdrängung**

929 **Hilfe ausbauen:** Soziale Probleme verschwinden nicht durch Verdrängung. Armut,  
930 Wohnungslosigkeit, Suchterkrankungen und psychische Belastungen brauchen  
931 langfristige, koordinierte und menschenwürdige Lösungen.

932 Wir wollen die Verhinderung von Wohnungsverlust zur Priorität machen und die  
933 Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Wohnungsnotfälle ausbauen. „Housing  
934 First“-Ansätze und niedrigschwellige Beratungsangebote müssen weiterentwickelt  
935 werden. Ziel ist es, Wohnungslosigkeit zu vermeiden, bevor sie entsteht – und  
936 Menschen schneller wieder in eigenen Wohnraum zu bringen. Unterkünfte müssen  
937 menschenwürdig, barrierefrei und sozial angebunden sein.

938 Die Mehrheit der obdachlosen Menschen wird durch das sozialgesetzliche  
939 Sicherungssystem nicht erfasst. Sie haben weder Anspruch auf Sozialhilfe noch  
940 Wohngeld. In der Konsequenz sorgen oft einzig soziale Initiativen mit viel  
941 ehrenamtlichem Engagement dafür, dass Menschen einen Schlafplatz und eine warme  
942 Mahlzeit erhalten. Wir setzen uns berlinweit für eine Politik des Helfens statt  
943 des Ignorierens ein.

944 Im öffentlichen Raum setzen wir auf soziale Unterstützung statt symbolischer  
945 Abschottung. Aufsuchende Sozialarbeit, Straßensozialarbeit und niedrigschwellige  
946 Beratungsangebote wollen wir stärken. Parkläufer\*innen und sozialpädagogische  
947 Teams können Nutzungskonflikte entschärfen und vermitteln. Safe Places –  
948 geschützte, niedrigschwellige Aufenthalts- und Unterstützungsorte für besonders  
949 vulnerable Menschen – wollen wir sichern und weiter ausbauen.

950 **Sucht als Erkrankung behandeln:** Im Umgang mit Suchterkrankungen setzen wir auf  
951 Gesundheits- und Präventionspolitik. Drugchecking-Angebote und Drogenkonsumräume  
952 sind wichtige Instrumente zum Schutz von Leben und Vermittlung von  
953 Hilfsangeboten. Wir unterstützen ihren Ausbau und eine enge Kooperation mit  
954 Suchthilfe, Gesundheitsdiensten und Sozialarbeit. Reine Verdrängungsmaßnahmen  
955 lösen die Probleme nicht und sind menschenverachtend.

956 Der Görlitzer Park steht exemplarisch für die Herausforderungen im öffentlichen  
957 Raum. Sicherheit, Aufenthaltsqualität und soziale Unterstützung dürfen nicht  
958 gegeneinander ausgespielt werden. Wir setzen uns für eine integrierte Strategie  
959 aus Prävention, Sozialarbeit, Gesundheitsangeboten, Beleuchtung, Pflege und  
960 Dialog ein – statt für teure Symbolmaßnahmen wie Zäune, die Probleme lediglich  
961 verschieben.

962 Vernunftbasierte Drogenpolitik stärkt Prävention:

963 Die Entkriminalisierung von Cannabis war ein richtiger Schritt in die richtige  
964 Richtung. Die Befürchtungen der Legalisierungsgegner\*innen haben sich in Luft  
965 aufgelöst. Polizei und Justiz werden deutlich entlastet, Konsumierende nicht  
966 unnötig kriminalisiert. Diesen Weg wollen wir konsequent weiterverfolgen, auch  
967 wenn der Bund den Antrag aus Friedrichshain-Kreuzberg für eine Modellregion aus  
968 ideologischen Gründen weiter ablehnt. Wir kämpfen weiter für die legale Abgabe  
969 von Cannabis, um dem Schwarzmarkt systematisch die Grundlage zu entziehen. Wir  
970 begrüßen, dass in Xhain das erste dauerhafte Drugchecking-Projekt eingerichtet  
971 wurde und unterstützen den Ausbau. Es braucht eine an den Lebensrealitäten  
972 orientierte Prävention und Hilfe statt Strafe für Menschen, die in  
973 Abhängigkeiten geraten. Kriminalisierung und Tabuisierung sind Teil des Problems  
974 und nicht Teil der Lösung.

975 **Ankommen und Teilhabe ermöglichen**

976 **Teilhabe ermöglichen:** Friedrichshain-Kreuzberg ist seit Jahrzehnten ein Bezirk  
977 des Ankommens. Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrungen sind hier  
978 willkommen und prägen das gesellschaftliche Leben – in Nachbarschaften, Schulen,  
979 Kultur und Wirtschaft.

980 Wir setzen uns für dezentrale Unterkünfte statt großer Massenunterkünfte ein.  
981 Geflüchtete Menschen sollen möglichst schnell in reguläre Wohnungen einziehen  
982 können. Gemeinschaftsunterkünfte müssen menschenwürdig, barrierefrei und sozial  
983 angebunden sein. Besonders schutzbedürftige Gruppen – etwa Frauen, Kinder,  
984 queere Geflüchtete oder Menschen mit Behinderungen – brauchen spezialisierte  
985 Unterstützung. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen gut ausgestattete  
986 Strukturen im Jugendamt. Beratung, psychosoziale Begleitung und Bildungsangebote  
987 müssen verlässlich finanziert sein.

988 **Unterstützungsstrukturen ausbauen:** Integrationslots\*innen leisten wichtige  
989 Arbeit beim Zugang von Geflüchteten zu Behörden, Bildung, Gesundheit und Arbeit.  
990 Wir wollen ihre Arbeit verstetigen und strukturell absichern. Mehrsprachige  
991 Willkommens- und Orientierungsangebote in Bezirksgebäuden sowie barrierearme  
992 digitale Formulare sollen selbstverständlich werden.

993 Bürokratie darf Integration nicht behindern. Verfahren müssen verständlich,  
994 digital zugänglich und pragmatisch gestaltet werden. Strukturelle Hürden beim  
995 Zugang zu Arbeit, Wohnen und Bildung wollen wir abbauen – im Rahmen der  
996 bezirklichen Möglichkeiten und im Dialog mit dem Land.

997 **Mitbestimmung ermöglichen:** Wir setzen uns weiterhin für das kommunale Wahlrecht  
998 für alle Menschen ein, die dauerhaft im Bezirk leben, und unterstützen Kampagnen  
999 und Beteiligungsformate, die politische Mitwirkung auch ohne formales Wahlrecht  
1000 ermöglichen. Auf Bundesebene kämpfen wir für ein Wahlrecht für alle, die ihren  
1001 dauerhaften Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

## 1002 **Gesundheit und Prävention ausbauen**

1003 **Prävention stärken:** Gesundheitspolitik im Bezirk heißt Prävention stärken und  
1004 soziale Risiken ernst nehmen. Die Klimakrise ist längst ein Gesundheitsrisiko.  
1005 Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung einer bezirklichen  
1006 Hitzeaktionsplanung ein. Die Streichung der Koordinierungsstelle im  
1007 Gesundheitsamt muss rückgängig gemacht werden. Mehr öffentliche Trinkbrunnen,  
1008 kühle Orte während Hitzeperioden und besserer Sonnenschutz auf Sportflächen  
1009 gehören für uns dazu. Die Ergebnisse des Pilotprojekts zu Sprühnebelanlagen im  
1010 Mauerpark wollen wir prüfen und gegebenenfalls auf weitere Standorte übertragen.

1011 Schulgesundheitsfachkräfte leisten wichtige Präventionsarbeit. Wir setzen uns  
1012 dafür ein, dass auch Schulen in Friedrichshain-Kreuzberg von diesem  
1013 Förderprogramm profitieren und langfristig alle Schulen entsprechend  
1014 ausgestattet werden.

1015 **Gesundheit ganzheitlich fördern:** Sozialpsychiatrische Dienste, Beratungsstellen  
1016 und niedrigschwellige Angebote müssen bedarfsgerecht ausgestattet werden.  
1017 Einsamkeit und Überlastung sind reale soziale Herausforderungen, auf die der  
1018 Bezirk reagieren muss. Die Situation in der Psychiatrie des Urbankrankenhauses  
1019 werden wir weiterhin kritisch begleiten und Verbesserungen einfordern. Wir  
1020 setzen uns auf Bundesebene für mehr Kassensitze für Psychotherapeut\*innen ein.

1021 Das Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung im Bezirk ist ein  
1022 wichtiger Baustein. Angesichts steigender Zahlen sexuell übertragbarer  
1023 Krankheiten wollen wir die Aufklärungsarbeit ausbauen. Sexualaufklärung und  
1024 Beratung müssen niedrigschwellig, diskriminierungssensibel und mehrsprachig  
1025 zugänglich sein.

1026 Frauengesundheit braucht mehr Aufmerksamkeit – von hormonell bedingten  
1027 Beschwerden über Endometriose bis zur Menopause. Information, Beratung und  
1028 Entstigmatisierung wollen wir stärken.

1029 Wir unterstützen die Einrichtung integrierter Gesundheitszentren im Bezirk und  
1030 setzen uns für eine bessere Vernetzung von Gesundheits- und Sozialberatung ein.  
1031 Pflegestützpunkte, Beratung zu Pflegeleistungen und Mobilitätshilfen müssen  
1032 verlässlich zugänglich sein.

### 1033 **Inklusion und Teilhabe verwirklichen**

1034 **Barrieren abbauen:** Inklusion ist ein Menschenrecht. Menschen mit Behinderungen  
1035 müssen im Bezirk selbstbestimmt leben, arbeiten und sich bewegen können.

1036 Wir wollen Verwaltungsgebäude, Schulen, Sportstätten und andere öffentliche  
1037 Einrichtungen konsequent barrierefrei machen und dazu schrittweise umbauen. Auch  
1038 digitale Angebote des Bezirks müssen für alle zugänglich sein – mit leichter  
1039 Sprache, Gebärdensprachdolmetschen und barrierearmen Online-Formularen.

1040 **Bewegungsfreiheit ermöglichen:** Mobilität muss für alle funktionieren. Bei  
1041 Kiezblocks und verkehrsberuhigten Maßnahmen denken wir Barrierefreiheit von  
1042 Anfang an mit. Sogenannte Doppelquerungen speziell für Menschen mit  
1043 Sehbehinderung, ausreichend breite barrierefreie Parkplätze und genügend Platz  
1044 zum Ein- und Ausladen von Rollstühlen sind für uns selbstverständlich. Auch vor  
1045 öffentlichen Einrichtungen wie Rathäusern, Gesundheitszentren, Schulen und  
1046 Sportanlagen müssen ausreichend ausgewiesene Stellplätze entstehen.

1047 **Wohnraum barrierefrei gestalten:** Wir setzen uns für mehr barrierefreien und  
1048 bezahlbaren Wohnraum ein. Auch Unterkünfte für wohnungslose Menschen müssen

1049 barrierefrei gestaltet werden.

1050 **Teilhabe ermöglichen:** Teilhabe am Arbeitsmarkt ist zentral. Menschen mit  
1051 Behinderungen dürfen nicht vorschnell in Werkstätten gedrängt werden. Wir  
1052 unterstützen das Budget für Arbeit und Ausbildung sowie den Ausbau von  
1053 Inklusionsbetrieben und Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt – auch in der  
1054 öffentlichen Verwaltung. Modellprojekte für den Übergang von der Schule in  
1055 reguläre Beschäftigung wollen wir im Bezirk voranbringen.

1056 Leistungen der Eingliederungshilfe sollen besser koordiniert werden. Persönliche  
1057 Assistenz muss gestärkt und bürokratische Hürden abgebaut werden.

### 1058 **Sport für alle ermöglichen**

1059 **Sportzugang sichern:** Sport ist mehr als Wettkampf und Vereinsstruktur. Er  
1060 schafft Gesundheit, Begegnung und soziale Teilhabe – besonders dort, wo Angebote  
1061 niedrigschwellig und wohnortnah sind.

1062 Barrierefreie Sportanlagen, geschützte Trainingszeiten und inklusive Angebote  
1063 sind zentrale Bausteine für einen besseren Zugang zu Sporteinrichtungen, sowohl  
1064 für Mädchen und FLINTA\*-Personen, für Menschen mit Behinderungen, für ältere  
1065 Menschen und für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen.

1066 **Breitensport stärken:** Wir wollen den nicht vereinsgebundenen Breitensport  
1067 stärken. Öffentliche Sportflächen, Bolzplätze, Basketball- und Calisthenics-  
1068 Anlagen sowie Bewegungsangebote in Parks müssen erhalten, gepflegt und ausgebaut  
1069 werden. Offene Sportformate in Kooperation mit Jugendfreizeiteinrichtungen,  
1070 Nachbarschaftshäusern und Schulen wollen wir gezielt fördern.

1071 Schwimmen ist eine Grundkompetenz. Wir setzen uns für ausreichend  
1072 Schwimmangebote für Kinder und Jugendliche ein und unterstützen Programme, die  
1073 insbesondere Kindern aus einkommensschwachen Familien den Zugang ermöglichen.

1074 **Nachhaltigkeit mitdenken: Sportstätten** müssen nachhaltig weiterentwickelt  
1075 werden. Sanierungen sollen energieeffizient erfolgen, neue Anlagen klima- und  
1076 ressourcenschonend geplant werden.

1077 Teure, nicht nachhaltige und korruptionsanfällige Großveranstaltungen wie  
1078 Olympiabewerbungen lehnen wir ab. Milliardenprojekte helfen dem Breitensport vor  
1079 Ort nicht weiter. Unsere Priorität liegt bei wohnortnahen, dauerhaft nutzbaren  
1080 Sportangeboten für alle.

1081 **5. Wirkung für den Bezirk**

1082 Unsere Politik stärkt den Zusammenhalt in Friedrichshain-Kreuzberg – konkret und  
1083 spürbar im Alltag.

- 1084 • Eine starke offene Gesellschaft bedeutet: Diskriminierung wird nicht  
1085 hingenommen, Initiativen werden unterstützt, demokratische Beteiligung  
1086 wird verbindlicher. Vielfalt bleibt sichtbar und geschützt.
  
- 1087 • Feministische Politik heißt: mehr Schutz vor Gewalt, bessere Beratung,  
1088 niedrigschwellige Hilfsangebote und konkrete Schritte gegen Frauenarmut.  
1089 Gleichberechtigung wird nicht nur gefordert, sondern strukturell  
1090 verankert.
  
- 1091 • Eine gesicherte Kulturlandschaft bedeutet: RAW, Clubs, Ateliers und Museen  
1092 bleiben Orte der Begegnung und Kreativität. Künstlerische Arbeit wird  
1093 fairer bezahlt, Arbeitsräume werden gesichert.
  
- 1094 • Soziale Stabilität heißt: weniger Verdrängung, mehr Prävention, stärkere  
1095 Sozialarbeit und wirksame Hilfe bei Sucht und Wohnungslosigkeit.  
1096 Öffentliche Räume bleiben lebendig und solidarisch. Ankommen gelingt  
1097 besser durch dezentrale Unterkünfte, verstetigte Integrationslots\*innen  
1098 und verständliche Verwaltungsverfahren. Teilhabe wird erleichtert.
  
- 1099 • Eine gestärkte Gesundheitsstruktur bedeutet: mehr Hitzeschutz, bessere  
1100 Aufklärung, stärkere psychosoziale Angebote und wohnortnahe Versorgung.
  
- 1101 • Inklusion heißt: barrierefreie Gebäude, bessere Mobilität und echte  
1102 Teilhabe am Arbeitsmarkt.
  
- 1103 • Sport für alle bedeutet: zugängliche Bewegungsangebote im Kiez statt  
1104 Prestigeprojekte. So entsteht ein Bezirk, der solidarisch bleibt, soziale  
1105 Sicherheit organisiert und Vielfalt nicht nur verspricht, sondern schützt.

1106 **6. Unser Auftrag: Zusammenhalt stärken**

1107 **Offene Gesellschaft verteidigen.** Wir sichern demokratische Strukturen, treten  
1108 Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen und stärken  
1109 Antidiskriminierungsarbeit im Bezirk.

1110 **Feministische und inklusive Politik umsetzen.** Gleichstellung, Gewaltschutz,  
1111 Inklusion und Teilhabe werden konkret verbessert – in Verwaltung, Infrastruktur  
1112 und Angeboten vor Ort.

1113 **Prävention vor Verdrängung setzen.** Bei Wohnungslosigkeit, Sucht und Krisen im  
1114 öffentlichen Raum setzen wir auf Hilfe, Gesundheits- und Präventionspolitik  
1115 statt Symbolmaßnahmen.

1116 **Kultur und soziale Infrastruktur absichern.** Kulturorte, Beratungsstellen, Sport-  
1117 und Gesundheitsangebote brauchen Planungssicherheit und verlässliche  
1118 Finanzierung.

1119 **Beteiligung und Transparenz stärken.** Beteiligung wird verbindlicher, Verwaltung  
1120 zugänglicher und Entscheidungen nachvollziehbarer.